

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kämpfe in Mülheim.

Das Stadttümele befreit.

Essen, 20. April. (P.P.M.) In Mülheim ist es heute morgen um 5.30 Uhr durch Verstärkung der Polizei aus Dulsburg und Oberhausen gelungen, das Rathaus zu entsetzen und dabei 20 mit Karabinern bewaffnete Personen, darunter 2 Rädelführer, zu verhaften. Im westlichen Stadttümele bilden sich jedoch erneute Ansammlungen. Die Absicht der Kommunisten, die Arbeiter von ihren Arbeitsstellen zurückzuhalten, wurde jedoch durch Säuberung der Straßen unmöglich gemacht.

Nach der Darstellung eines Augenzeugen ergibt sich folgendes Bild aus den Vorgängen in Mülheim: Die angeblich rund 2500 Arbeitslosen, die jedoch von der Stadt nach Tarif bezahlte Notstandsarbeiter sind, zogen nach Ablehnung ihrer Forderungen mit schwarzen Fahnen vor das Rathaus, dessen eisernes Portal sie mit Äxten zertrümmerten und so in das Gebäude eindrangen. Jedoch wurden sie dann durch Kriminalbeamte und Bureaupersonal durch Abgabe von Schüssen vertrieben. Das Rathaus blieb belagert und mit ihm die ganze kommunale Beamenschaft einschließlich des Oberbürgermeisters. Die Beamten wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Auf Seiten der Syndikalistinnen soll es 4 bis 5 Tote gegeben haben. Bei einem Ausfall der Beamten des Rathauses gestern abend und heute morgen wurden insgesamt 15 Gefangene gemacht. Der Hauptführer Max Kropf, der dem syndikalistischen Ausschuss angehörte, ein anderer, mit mehreren Justizhausstrafen vorbestrafter Rädelführer wurde ebenfalls verhaftet, bei der Gegenwehr aber erschossen. Zwei deutsche Kriminalbeamte wurden von den Kommunisten festgenommen und den Franzosen übergeben, die sie in Haft genommen haben, weil sie Revolver bei sich führten. Doch lassen die Franzosen die Kommunisten ungehindert mit Gewehren herumlaufen. Auch gehen Gerüchte, daß die Aufständischen ihre Verpflegung von den Franzosen erhalten und ihre Toten und Verwundeten zur französischen Wache gebracht haben. Im Laufe des Vormittags sind die Aufständischen in den Essener Stadtwald geflohen.

Vor wichtigen Erklärungen.

Lord Curzon im Unterhaus.

London, 20. April. (W.B.) „Daily Mail“ zufolge wird der Staatssekretär des Aeußern, Lord Curzon, heute im Oberhause eine wichtige Erklärung über den Nahen Osten und das Ruhrgebiet abgeben. Es wird erwartet, daß auch Lord Grey an der Aussprache teilnehmen wird.

„Times“ spricht in einem Leitartikel die Hoffnung aus, daß Lord Curzon die Gelegenheit ergreifen werde, die Stellung Englands in der Ruhrfrage klar darzulegen. Die Regierung habe eine Politik, und zwar eine gesunde Politik, die von der Wahrheit der Nation unterstützt werde.

Der Augenblick für eine entscheidende Aktion sei noch nicht gekommen.

Die Öffentlichkeit habe keinen Grund zu der Annahme, daß die britische Regierung ohne Plan sein werde, wenn der Augenblick zur Intervention komme. Die wirkliche Bedeutung des letzten Besuchs eines bekannten französischen Staatsmannes sei der Aufmerksamkeit entgangen. Er sei gekommen, um seine britischen politischen Kollegen zu sehen, hauptsächlich weil, wie mit einiger Sicherheit angenommen werden könne, er und zahlreiche andere Franzosen mit ihm während der drei letzten Monate sorgfältig den Reparationsplan geprüft haben, den Bonar Law im Januar mit nach Paris nahm.

Der britische Plan sei weiterhin gültig.

Er sei der erste zusammenhängende Plan, der vorgelegt worden sei zur gleichzeitigen Behandlung der Fragen der Reparationen und der interalliierten Schulden. Er könne zweifellos einige Änderungen erfahren, aber man dürfe wahrscheinlich mit Bestimmtheit behaupten, daß eine wachsende Zahl denkender Franzosen vorhanden sei, die der Ansicht seien, daß eine Lösung nur auf der von Großbritannien vorgeschlagenen Grundlage durchführbar sei. Was auch immer die Vorteile des rivalisierenden französischen Planes seien, es sei unmöglich, zu bestreiten, daß die Aktion Poincarés bisher Ergebnisse gezeitigt hat, die den beabsichtigten genau entgegengesetzt seien. Deutschland, das seit dem Kriege zerrissen werde im Streit der Klassen und der Staaten, habe eine neue Einheit gefunden. Während die deutschen Kohlenlieferungen an Frankreich durch die Besetzung sehr vermindert worden seien, würden die Hilfsquellen Deutschlands immer geringer und seine Zahlungsfähigkeit immer mehr untergraben.

Es könne keine Zahlungen geben, außer in Sachleistungen, wenn nicht ein stabiles Geld vorhanden sei, in dem gezahlt werden könne.

In der Zeit zwischen dem 1. Januar und dem 1. März habe die schwedende Schuld Deutschlands sich von 1 1/2 auf 6 1/2 Millionen Papiermark erhöht. „Times“ fährt fort, Curzon müsse, obwohl sein Besuch in Frankreich nicht offiziell gewesen sei, zahlreiche Gelegenheiten gehabt haben, die Ansicht des Durchschnit Franzosen über die europäische Lage festzustellen, wobei er zugleich in Fühlung mit der amtlichen Auffassung durch die gewöhnlichen diplomatischen Kanäle blieb. Curzon sei daher in der ausgezeichneten Lage, beurteilen zu können, wie am besten das Zusammenwirken mit Frankreich, das England wünsche, aufrecht erhalten werden könne. Eine allgemeine Erklärung über die britische Politik werde dringend gefordert, und zwar nicht nur von den Arbeitermittlern allein, denn zahlreiche Engländer kämen zu

Die Lage in Essen.

Bochum, 20. April. (W.B.) Im Laufe des gestrigen Tages fanden in Essen Demonstrationen der Arbeitslosen und Notstandsarbeiter statt. Gegen Mittag wurden Versammlungen abgehalten, in denen die Forderungen eingehend erörtert wurden. Die Notstandsarbeiter forderten u. a., daß sämtliche Arbeiten, zu denen die Arbeitslosen bisher herangezogen wurden, ausschließlich in städtischer Regie vorgenommen werden sollten. Des weiteren verlangten die Notstandsarbeiter, die bisher durchgängig einen Stundenlohn von 1750 Mark bezogen, einen Tarifstundenlohn, der nach der jeweiligen Gruppe bezahlt wird, der der Notstandsarbeiter nach seiner beruflichen Ausbildung angehört. In dem bisherigen Arbeitslosenrat ist eine Spaltung eingetreten. Das neue Komitee hat sich insbesondere die Rechtsvertretung der Notstandsarbeiter angelegen sein lassen. Im Laufe des gestrigen Nachmittags fanden Verhandlungen auf dem Rathaus statt, die aber zu keinem Ergebnis führten. Noch gestern abend sind, wie verlautet, Vertreter der Stadtverwaltung und der Notstandsarbeiter nach Berlin gefahren, wo die ganze Frage endgültig geregelt werden soll. Während der Demonstration hatten die Geschäfte aus Sicherheitsgründen geschlossen. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Vor Neubefehungen?

Jreiburg, 20. April. (W.B.) Eine hier verbreitete Meldung von der Befehung von Gengenbach bestätigt sich nicht. Die unterbrochen gemessenen Verbindungen mit Gengenbach sind teilweise wiederhergestellt. Französische Patrouillen sind wenige vor Gengenbach, und zwar bei Ohlsbach festgestellt worden. Gengenbach ist zur Stunde, 11 Uhr vormittags, nicht besetzt. In Ortenburg ist der Bahnhof und das Rathaus besetzt. Das Vorgehen der Franzosen läßt darauf schließen, daß sie beabsichtigen, den über Ortenburg und Niederchoppheim für Offenbürg bestimmten Zufahrtsverkehr zu unterbrechen.

der Ansicht, daß auf die Dauer die Interessen des Landes die Wiederherstellung Europas fordern. Dieses Ziel werde sehr eingehalten durch die augenblicklichen Verwicklungen im Ruhrgebiet.

Das neue französische Programm.

Paris, 20. April. (G.E.) Der Präsident der Reparationskommission, Louis Barthou, überbrachte Poincaré gestern, wie das „Journal“ schreibt, einen ersten Vorschlag, der im Einvernehmen mit dem Belgier Delacroix ausgearbeitet worden. Diese Vorschläge, für deren Ausarbeitung die Londoner Reise Loucheurs vielleicht von einigem Nutzen gewesen sei, sähen eine Lösung des Reparationsproblems nicht ausschließlich von der finanziellen Seite vor, vielmehr durch

große wirtschaftliche Abmachungen mit Deutschland.

Es stehe fest, daß Deutschland, selbst unter den günstigsten Bedingungen, die im Versailler Vertrag vorgesehenen Summen nicht zahlen könne, und zwar weder in Geld noch in natura. Insbesondere werde von den 132 Milliarden nicht die Rede sein können. Als man diese Summe übrigens in London festsetzte, habe man noch daran geglaubt, daß die Alliierten Frankreich die Rückzahlung der Schulden erlassen würden. Deutschland würde nur der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zur Bezahlung auferlegt werden; auf die Zahlung der Pensionen scheine man bereits verzichten zu wollen. Im ganzen würde eine Summe von

36 Milliarden Goldmark

gefordert werden. Um aber diesen Betrag zu erhöhen, würde man mit den deutschen Industriellen Vereinbarungen treffen, aus denen ganz Frankreich Nutzen ziehen könnte. Einige solcher Vereinbarungen seien unbedingt notwendig, insbesondere jene, die die Verteilung von Kohle und Erzen zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien regeln müßten. Aber auch in der mechanischen, chemischen und Textilindustrie müßten solche Vereinbarungen getroffen werden. Selbst wenn Deutschland eine große Reparationsanleihe aufnähme, wäre seine auswärtige Schuld viel geringer als die Frankreichs. Infolgedessen könne Deutschland unter Bedingungen arbeiten, die jede Konkurrenz anderer Länder ausschließen würden. In dieses Kapitel müßten die bevorstehenden Verhandlungen Ordnung bringen. Poincaré habe dies verstanden und seinen Willen bekundet, daß es so geschehen möge. Dem englischen und dem italienischen Alliierten solle die Versicherung gegeben werden, daß Frankreich und Belgien keine industrielle Hegemonie suchten, sondern nur eine gerechte Regelung der Produktionslage. Beschlässe hätten noch darüber gefaßt werden können, wie die Gewinne der französischen Industrie der Reparationskasse zu Gute kommen könnten. Das Land werde es nicht zulassen, daß 1 1/2 Millionen seiner Kinder sterben, damit einige Gewinne erzielt werden.

Die vorstehenden Mitteilungen des „Journal“, die aus der Feder Choffaignes, eines Freundes von Loucheur, stammen, sind mit gewissen Vorbehalten aufzunehmen, da Poincaré allen Teilnehmern der gestrigen Konferenz, in der Barthou seine neuen Vorschläge vorlegte, strenge Schweigepflicht auferlegt hat.

Dollar 26 000.

Hilfstruppen Degouttes.

Zu den Vorgängen in Mülheim.

Die sogenannte Erwerbslosenbewegung, die sich im Ruhrgebiet auszubreiten scheint, ist ein Unternehmen, das man nicht anders denn als einen Selbstmordversuch der Arbeiterklasse bezeichnen kann. Die gesamte Arbeiterklasse, auch die Kommunisten, sind sich darin einig, daß die Abwehr gegen das imperialistische Attentat Poincarés auf das Ruhrgebiet mit aller Energie und Geschlossenheit durchgeführt werden muß. Gerade von kommunistischer Seite konnte man in den letzten Tagen den Ruf nach einem möglichst wirksamen Abwehrkampf hören. Wie ist es mit diesem Abwehrwillen zu vereinbaren, wenn Gruppen auftreten, die ein Geplänkel gegen Kommunalbehörden und Fürsorgeämter einleiten, das, wie verschiedene Vorfälle zeigen, nur zu leicht zu schlimmen Zwischenfällen und chaotischen Verwirrungen führen kann? Das ist es ja gerade, was die französischen Nachhaber bezwecken.

Die Bewegung steht angeblich unter syndikalistischer und kommunistischer Führung. Von den Syndikalisten weiß man, daß sie jeder politischen Vernunft unzugänglich sind, man wird sie kaltstellen müssen, wo sie Unheil anrichten. Wie verhält es sich aber mit der kommunistischen Führung? Offenbar macht sich die Ferkungsercheinung der Kommunistischen Partei auch im Ruhrgebiet bemerkbar. An die Stelle der Diktatur des Proletariats tritt die Diktatur der Parolen, der eine hört nicht auf die Stimme des anderen und jeder hält sich für einen kleinen Diktator. Die kommunistische Parteileitung im Ruhrgebiet wird in den nächsten Tagen zu zeigen haben, ob sie überhaupt noch fähig ist, ihren Anhang zusammenzuhalten. Es ist bezeichnend, daß einer dieser kleinen Diktatoren in Essen genötigt war, sozialdemokratische Gewerkschaftssekretäre gegen die eigene Gefolgschaft zu Hilfe zu rufen.

Diese „Arbeiterführer“ sind um ihren Anhang nicht zu beneiden. Mit Leuten, die heute gegen den französischen Imperialismus die Faust erheben und andernorts drohen, zu eben diesen Bedrückern überzugehen, ist nicht zu diskutieren. So etwas hat mit der Arbeiterbewegung nichts mehr zu tun. Wohin soll es führen, wenn sich z. B., wie es in Mülheim geschehen ist, Notstandsarbeiter darüber beschwerten, daß sie „nur“ die Löhne der Tiefbauarbeiter erhielten? Derartige Beschwerden sind mit dem gesunden Menschenverstand nicht mehr vereinbar.

In Wirklichkeit ist ja auch die Masse der Notstandsarbeiter und der Erwerbslosen gar nicht in Erscheinung getreten. Man kann vielmehr mit Fug und Recht annehmen, daß es sich wieder einmal um eines jener Lumpenproletarischen Unternehmen handelt, die sich durch Vortragen von roten Fahnen, mit oder ohne Sowjetsternen, den Anschein von proletarischen Bewegungen zu geben versuchen. Für kommunistische oder syndikalistische Ortsgruppen, die sich einer solchen Bewegung bemächtigen wollen, gilt dann mehr denn je das Wort: „Man glaubt zu schieben und man wird geschoben.“ Die Bevölkerung von Großstädten, Kohlenbezirken, Hafenorten — und das Ruhrgebiet ist das alles zusammen — besteht nun einmal nicht aus lauter Ehrenmännern. Und die Zerstörung des staatlichen Nachapparats durch die Franzosen gibt den dunkelsten Elementen reiche Gelegenheit, im Trüben zu fischen. Auf solche Weise entstehen dann Zwischenfälle wie der von Mülheim.

Die Gefahr kommt aber zugleich auch von der anderen Seite. Denn wenn der staatliche Ordnungsdienst gestört ist und das geängstigte Bürgertum nach Schutz ruft, nimmt es den Dienst von Elementen an, von denen es unter normalen Verhältnissen weit abrücken würde. Ob derartige Elemente, wie von kommunistischer Seite behauptet wird, bei den Vorgängen in Mülheim schon in Erscheinung getreten sind, muß dahingestellt bleiben, bis genauere Schilderungen der dortigen Vorgänge vorliegen. Sicher aber können gewisse „Selbstschutz“-Organisationen, die dem Sowjetstern der Gegenpartei ihr Halenkreuz entgegenstellen, zu einer eben solchen Landplage werden, wie angebliche „rote Armeen“, die unter der Führung hergelaufener Abenteurer kämpfen.

Solche rot- und weißlackierte Verbrecherbanden haben mit wirklichen Klassenkämpfen gar nichts zu tun. Sie sind einfach Ferkungsercheinungen, und als solche sind sie den militaristischen Eindringlingen hochwillkommen. Herr Degoutte könnte eine gute Weile lang hohnlachend zusehen, wie unter seiner Herrschaft Deutsche von zweierlei Sorten, aber beide nicht von der allerbesten, sich gegenseitig die Hälse abschneiden. Ihm kann es gleich sein, welche Partei dabei oben, welche unten zu liegen kommt, denn weder hinter der einen noch hinter der anderen steht eine reale Macht. Auch der Sieger in diesem Ringen ist für ihn kein ernsthafter Gegner, denn dieser Sieger mit seinen Knäueln, seinen Revolvern, seinen paar Schlegelgewehren bedeutet gar nichts gegenüber der glänzend bewaffneten und organisierten Okkupationsarmee. Je mehr es im Ruhrgebiet drüber und drunter geht, desto besser für den französischen Militarismus, denn dann kann er sich an die Stelle der zerstörten deutschen Staatsgewalt setzen als die einzige Macht, die die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung einer gewissen Ordnung verbürgen kann.

Diese Gefahr kann nur dadurch beschworen werden, daß sich die organisierte Arbeiterklasse als breiter Keil zwischen die Extreme hineinschiebt und alles rot- und weißgardistische Treiben schon in seinen Anfängen unterbindet. In dieser Beziehung hat die Ruhrarbeiterklasse in mehr als drei Monaten des Kampfes Vorbildliches und Bewunderungs-

würdiges geleistet, und darum ist die Hoffnung erlaubt, daß die Ereignisse von Mülheim, die den Abwehrkampf an der Ruhr bestanden, nur ein kurzes Zwischenspiel bleiben werden. Durch die Auflösung und Vertreibung der Schutzpolizei, durch die Ausweisung zahlreicher Beamter der staatlichen wie der kommunalen Verwaltung hat der französische Militarismus alles getan, um das Ruhrgebiet in anarchische Zustände hineinzutreiben. Er ist darum der eigentliche Schuldige. Wer aber die Selbstdisziplin der Massen untergräbt, ist sein Mitschuldiger und Helfer.

Das Ablenkungsmanöver.

Die Enthüllungen über das Treiben rechtsradikaler Banden in Bayern haben dort begreiflicherweise das Bedürfnis hervorgerufen, baldmöglichst eine geeignete Ablenkung zu finden. Der „demokratische“, „fränkische Kurier“ geht mit gutem Beispiel voraus. Unter der Ueberschrift „An Bayerns Grenze, die thüringischen Kommunisten bekennen sich offen zum gewaltsamen Umsturz“ nimmt er ein kommunistisches Flugblatt vor, das in den üblichen, abgedroschenen Phrasen gehalten war und schon deshalb nirgends ernst genommen worden ist, zum Anlaß, um u. a. folgendes zu sagen:

„Sie (die Kommunisten) wissen offenbar, daß sie von der gegenwärtigen thüringischen Landesregierung eher eine Förderung ihrer Pläne auf gewaltsamen Umsturz zu erwarten haben, als eine Störung ihrer hochverrätherischen Absichten. Wenn die thüringische Landesregierung gegenüber diesen verbrecherischen Umtrieben versagt, dann muß die Reichsregierung nach dem Rechten sehen. Denn alle Pläne auf gewaltsamen Umsturz müssen bekämpft werden, ganz gleich, von welcher Seite sie ausgehen. Und zwar muß das geschehen, bevor ein Schaden angerichtet werden kann. Auch die bayerische Staatsregierung hat unter den gegebenen Umständen alle Veranlassung, die Entwicklung der Verhältnisse in Thüringen und Sachsen fortgesetzt gewissenhaft zu beobachten, da sonst Gefahr besteht, daß die kommunistische Umsturz- bewegung auch auf das nördliche Bayern übergreift. Die Bevölkerung Bayerns hat das Vertrauen zu der Reichsregierung ebenso wie zu der bayerischen Regierung, daß Vorkehrungen getroffen werden gegen die Gefahr, daß Bayern durch die von Thüringen ausgehende kommunistische Welle zum zweiten Male das Opfer einer Rätemirtschaft wird.“

Es bestätigt sich auch in diesem Falle wieder, daß die Kommunisten und Faschisten sich gegenseitig in die Hand arbeiten. Die einen schlagen Lärm, damit die anderen gegen sie rüsten können und immer einen guten Grund haben, vor der Gefahr zu warnen, die von der anderen Seite droht. Dem „demokratischen“ Blatt von Nürnberg aber sollte doch etwas von Scham ankommen, wenn es die Ausführungen des Demokraten Ditt im Landtagsauschuß liest. Abgeordneter Ditt hat da sehr eindeutig auf die Pflicht der bayerischen Regierung hingewiesen, in München Ordnung zu schaffen, wo um das Schicksal des Reichs gespielt wird. Von Sachsen und Thüringen droht dem Reich keine Gefahr. Dort ist die sozialdemokratische Arbeiterschaft allein schon so stark, daß sie mit den Revolutionspielern von links fertig wird. Aber die bewaffneten Garden der Hitler und seines weiteren Anhangs bilden eine Gefahr für das Reich. Und die bayerische Regierung hat nicht einmal mehr die Macht, zwei Mann verhaften zu lassen, wenn diese deutschvölkisch sind. Zum Ersatz läßt sie linksstehende Journalisten verhaften, aburteilen und durch einen Minister beschimpfen!

Unzulängliche Maßnahmen.

Wie wir bereits berichteten, fanden gestern beim Reichsfunkler Besprechungen mit den Führern aller Parteien über die Stützungsaktion für die Wehrkraft. Auch führende Industrielle haben an den Besprechungen teilgenommen. Außer den in der amtlichen Veröffentlichung bekanntgegebenen Maßnahmen werden noch weitere Maßnahmen erwogen. Von der Einrichtung einer Devisenzentrale jedoch will die Regierung, wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, absehen. Hierzu ist zu bemerken, daß die Regierung selbst in dieser

Frage nicht einig ist. Insbesondere dürfte richtig sein, daß das entscheidende Ministerium die Einrichtung einer Devisenzentrale für notwendig hält und sie als die Voraussetzung einer erfolgreichen Weiterführung der Stützungsaktion betrachtet.

Wenn weiter in der Presse berichtet wird, daß die Sozialdemokratie sich mit allen Maßnahmen der Regierung einverstanden erklärt habe, so ist das nur teilweise richtig. In Wirklichkeit verlangt die Sozialdemokratie, wie aus der gestrigen Reichstagsdebatte hervorging, eine ganze Reihe von Maßnahmen, die die Regierung zu unternehmen nicht beabsichtigt.

Billige Parlamentserfolge.

Aus den Betrachtungen der Presse über die gestrige Reichstagsitzung sei folgendes Urteil der „Berliner Volkszeitung“ hervorgehoben:

„Der Reichswirtschaftsminister hatte ohne Zweifel einen schweren Stand, und es muß gesagt werden, daß er leider zuweilen verwarf, Minister und nicht mehr allein Abgeordneter zu sein und deshalb das notwendige Sachliche vor der Lust an persönlicher Polemik zurückstellte. Eine Niederlage liegt vor, und billige Heiterkeiten und Beifälle einheimend, sagte Herr Beder uns nicht, wie im Ernst er die Scharte ausmehren will. Was er antwortete, wird nach unserer Ansicht nicht ausreichen, und wir halten es für vertehrt, wenn Herr Beder mit dem Begriff „national“ spielt und sich herb gegenüber auf die schon von draußen her furchtbar belasteten Randscheule an Rhein und Ruhr stützt. Im Gegenteil scheint es gut, wenn man von der Seite der Regierung aus manche Maßnahmen des sozialistischen Redners beherzigt und nach ihnen handelt. Was Herr Beder durch seine sehr am Wege liegende Antwort bewirkt hat, beweist das Wort des deutschen Nationalen Wienbed, er freue sich, daß der Minister die Angriffe der Sozialdemokratie nicht tragisch genommen habe. Dem deutschen Volke ist aber in dieser Zeit wirklich eher tragisch als komisch zumute, und die Pflicht der Regierungsmitglieder ist es, sich auf diese Tatsache und nicht auf billige Parlamentserfolge einzustellen.“

Wir haben diesem Urteil des demokratischen Blattes nichts hinzuzufügen.

Das Ausland über den Marktsturz.

Paris, 20. April. (Eca.) Fast sämtliche Morgenzeitungen beschäftigen sich eingehend mit dem neuen Sturz der Wehrkraft. Berlin im „Echo de Paris“ und auch eine Anzahl anderer Blätter wollen die neue Marktbaufe auf die Wünsche der deutschen Industrie zurückführen, die ihren ganzen Export auf einen im Verhältnis zum Dollar, zum Sterling, Front, usw. ständig fallenden Markkurs aufgebaut hat. „L'Europe“ schreibt, am 15. April habe die Reichsbank noch 5 Waggons Silberbarren nach Holland exportiert. In den letzten Tagen hätte sie 200 Millionen Goldmark auf der Bank von England deponiert und 100 Millionen hätte sie der Schweizer Nationalbank überandt. Sie hätte also mit Leichtigkeit offen Mandatvern der Berliner „Spekulation“ entgegengetreten und jene Marktbaufe verhindert können. Wenn Havenstein nicht eingegriffen habe, so habe er dies sicherlich auf Anweisung der Regierung getan. Auch das Communiqué der Reichsbank, das gestern abend verbreitet wurde, bestätigte diese Auffassung. Auch „L'Europe“ führt den neuen Marktsturz auf die Wünsche der deutschen Industrie zurück und behauptet, besonders Hugo Sinnes sei immer ein Freund niedriger Marktkurses gewesen als Mittel zum Dumping. Wie dem aber auch sei — so ist die Schlussfolgerung dieses Blattes —, ob nun der Sturz der Wehrkraft ein Zufall oder das Resultat eines überlegten Manövers ist, er wird schwere Folgen haben, sowohl auf wirtschaftlichem, wie auf politischem Gebiet. Es wäre zu wünschen, daß vor nicht wieder gutzumachenden Verwirrungen die sozialistische Opposition und die Gewerkschaften die Regierung zu ihrer Auffassung der Sachlage befehlen würden.

Ein Opfer der Klassenjustiz. Der italienische Kommunist Sacco, der seit zwei Jahren in amerikanischen Gefängnissen in Haft gehalten wird und gegen dessen Verurteilung die Arbeiter aller Länder heftig protestiert hatten, wurde nunmehr von den Wehrkräften als geistesgestört erklärt.

Der Berliner ist zugeknöpft, aber er umgibt, wenn es geht, seine West mit Blumen. Der offene Wiener ist überall bei Seinesgleichen zuhause, aber man wappnet sich gegenseitig mit Witzschlägen, um Ueberschreitungen der Gemütslichkeit zu vermeiden.

Warum gibt es in Wien keine Balkone im Gegensatz zu Berlin? Wegen der Balkonsteuer, wird der Rationalist antworten. Nein, mein Lieber, weil der Balkon beim Wiener nicht der Ausdruck einer Lebenssehnsucht ist wie beim Berliner, deshalb hat er keinen. Er hat die Gasse, aber nicht den freundlichen Käfig über der Gasse. Auch Städte sind der Ausdruck eines Lebensgefühls.

Der 1. Mai in Thüringen. Da in Thüringen durch Landesgesetz der 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklärt ist, wird der Tag gleichzeitig als Geburtstag des Thüringer Einheitsstaates in aller öffentlichen Schulen festlich begangen. Das Ministerium für Volksbildung gibt in seinem Amtsblatt eine ausgezeichnete Erläuterung zur Veranstaltung der Schulfeiern, die dem Frühling, der Heimat und dem Wehrkraft der Arbeit gewidmet sein sollen. Eine vorbildliche Auswahl von Gedichten unserer besten Dichter bietet reiche Stoffwahl. Die Sammlung soll fortgesetzt und als Sammelband unter dem Titel „Stoffe für republikanische Schulfeiern“ herausgegeben werden.

Eine Mittelstands-Auswanderung. Eine neue Form der Auswanderung, die sich nur auf den englischen Mittelstand erstreckt, wird jetzt in die Wege geleitet. Zwischen der britischen Regierung und den Behörden des Staates Victoria in Australien ist ein Vertrag abgeschlossen worden, dessen Ziel darin besteht, die englischen Mittelklassen als Ansetzler nach Victoria zu ziehen. Die Auswanderer müssen eigentlich über ein Kapital von 300 Pfund Sterling verfügen, aber das britische Kolonialamt schießt ihnen diese Summe vor, und sie wird dann in sehr entgegenkommender Weise von den Ansetzern später abgezahlt. Der Plan ist ein neuer Schritt zur Lösung des Problems, die englische Bevölkerung in geeigneter Weise über das ganze britische Reich zu verteilen. Mehr als 97 Proz. der Bewohner der australischen Staaten sind englischen Ursprungs, und die Behörden von Victoria wünschen diesen hohen Prozentsatz zu erhalten. Sie wollen deshalb bestimmte Kreise Englands in ihr Land ziehen, und zwar hauptsächlich frühere Offiziere der englischen und indischen Landarmee sowie der Marine, Schullehrer, Bauern und Söhne von Handwerklern und Geschäftsleuten. In den nächsten fünf Jahren sollen 10 000 Angehörige der englischen Mittelklassen in Victoria angesiedelt werden, und zwar erhält jeder Landbesitz im Werte von mindestens 300 Pfund Sterling. Die Gesamtkosten werden auf 15 Millionen Pfund Sterling veranschlagt.

Warum wir lachen. Ueber das Lachen haben die Kesthetiker und Psychologen von Aristoteles bis Freud sich die Köpfe zerbrochen. Neuerdings hat man nun in dem Lachen den Ausdruck eines Instinkts erkennen wollen, der ebenso spezifisch ist wie der Instinkt, der in Furcht und Angst seinen Ausdruck findet. Das Lachen ist danach eine jener für die Gesundheit des Organismus notwendigen und heilsamen Reaktionen, die für des seelische Gleichgewicht

Ein „Regierungsrat“.

Die Republik hat seitfame Diener. Einer von ihnen scheint der Regierungsrat Redlich im Wiederaufbaumministerium zu sein. Dieser Herr veröffentlicht im „Berliner Lokalanzeiger“ eine Betrachtung über die Aufhebung des Reichsfinanzministeriums und der damit einsetzenden Sparaktion der Cuno-Regierung. Er rechnet damit, daß auch das Wiederaufbaumministerium, in dem er jetzt beschäftigt ist, abgebaut wird.

Und so sieht es fast aus, als wenn er sich in empfehlende Erinnerung für andere Zwecke bringen wollte, wenn er davon spricht, daß bisher in unserem Lande „Minister als Massen-erzeugnis der Parteimaschinen auf den Markt geworfen werden“, wenn er von dem „Kemperwacher der parlamentarischen Parteien“ redet und schließlich diese Beschimpfung bisheriger Minister der Republik sich leistet:

„Die bisher unsere Republik regierten, waren allezeit großer im Schaffen von Sinecuren denn im Abbauen; und die Parteien sorgten so sehr sich ihren Anteil an der Futterrippe zu sichern, daß sie jeden Angriff auf sie unterdrückten. Einschüchterung erkannten wohl den Schaden, drangen jedoch nicht durch. Es ist noch in aller Erinnerung, wie entrüstet ein sozialdemokratischer Vorgänger des Herrn Albert es ablehnte, sein Ministerium, ein parlamentarisch und noch dazu sozialistisch regiertes Ministerium, aufzulösen. Wäre August Partschfreund von Heracles gewesen, sein Stuhl wäre heute noch unausgemistet.“

Mit solchen Auslassungen hat sich der redliche Diener der Republik gebührend empfohlen. Um so tröstlicher ist die Sicherheit, mit der er deshalb verstanden kann: „Das Amt mit seinen ehemals idealen Zielen wird zur Brotpfanne erniedrigt, die einen möglichst großen Kreis nähren soll.“ Daß er selbst seinen Abschied gefordert habe, teilt Herr Redlich leider nicht mit.

Gegen die Amtsenthebung Hasfelds.

Unzufriedenheit in England.

London, 20. April. (W.E.B.) Wie der diplomatische Bericht-erfasser des „Daily Telegraph“ erfährt, wird die Frage der Enthebung des Fürsten Hasfeld durch französische und belgische Mitglieder der Rheinland-Oberkommission unter Stimmenthaltung ihrer britischen Kollegen wahrscheinlich auf der Botschafterkonferenz zur Sprache gebracht werden. Bereits vor einigen Wochen war die französische in die britische Regierung gedrungen, um ihr verständlich zu machen, daß es zweckmäßig sei, den Fürsten Hasfeld loszumachen. Das britische Foreign Office habe jedoch wiederholt dem französischen Botschafter De Saint Aulaire gegenüber nachdrücklich zum Ausdruck gebracht, daß die Ernennung des Fürsten Hasfeld von der Botschafterkonferenz gutgeheißen worden sei, und daß daher die Frage der Beseitigung und der Aufhebung seines Bureaus ebenfalls Sache dieser Körperschaft sei. Dem Bericht-erfasser zufolge wird die Aufhebung des Bureaus des Fürsten Hasfeld in britischen Kreisen offen bedauert. Sie werde die britischen Behörden im Rheinland zwingen, in schwerfällige Beziehungen mit jeder in Betracht kommenden deutschen Stelle zu treten und sie werde die alliierten Oberkommissare im allgemeinen und Kilmarnock im besonderen daran hindern, Berichte zu erhalten, die die deutschen Ansichten über die Verwaltung aller besetzten Gebiete widerspiegeln.

Die neue schwedische Regierung.

Frankfurt a. M., 20. April. (All.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Stockholm: Der konservative Führer Trygger hat jetzt, nachdem sowohl die Liberalen wie auch die Bauernpartei es abgelehnt hatten, sich an der Bildung eines Koalitionskabinetts zu beteiligen, ein rein konservatives Kabinett gebildet. Der neuen Regierung gehören 5 Parlamentarier, 6 hohe Verwaltungsbeamte und 1 Industrieller an. Das Kabinett ist also gewissermaßen eine Mischung von Partei- und Beamtenministerium. Die politische Richtung ist gemäßigter konservativ.

Der Ausschuß der norwegischen Staatsbeamten sahte den Regierungsvorschlag über die Teuerungszulage der Beamten als eine Verhöhnung auf und beschloß, bis Ende April durch Urabstimmung über eine sofortige Arbeitsniederlegung oder eine solche mit der gesetzlichen Frist, entscheiden zu lassen.

Fensterpostler und Balkon.

Von Paul Gutmann.

Es gibt nichts Keuzheres, was nicht einem Inneren entspräche, nichts Inneres, was sich nicht nach Außen bemerkbar machte. Man braucht die Menschen nur aufmerksam zu beobachten, um zu wissen, wie sehr das Keuzherer die innere Verfassung beeinflusst. Mit dem Zylinder auf dem Kopf rennt man nicht einer Straßenbahn nach. Es würde komisch aussehen. Im Badestübchen fühlt man sich anders als im Gehrod.

Haben nicht Städte auch einen ganz bestimmten Charakter? Gibt es nicht drohend ernste und wiederum heiter leichtsinnige? Wer sich auf Städte versteht, der wird bald herausfinden, worin das Einmalige, das Unterscheidende, das Besondere ihres Wesens beruht. Man redet viel über die Bauten Wiens, die Kaffeehäuser, die Denkmäler, die Theater. Aber Keuzheres gibt es in allen europäischen Großstädten. Was unterscheidet aber auf den ersten Blick Wien von Berlin, Berlin von Wien? Wien ist die Stadt der Fensterpostler, Berlin die der Balkone.

Fensterpostler, trauliche Erinnerung an Großmutter's Zeiten! Man liegt sorglos, mit gekreuzten Armen, im offenen Fensterrohr und blickt sorglos auf die Gasse hinab. Dort unten gehen die Nachbarn, man kennt sie vom häufigen Anblick genau, man lauert auf ihre Bewegungen, verfolgt sie bei kleinen Seitenprüngen oder Väterlichkeiten, bespöttelt sie, kratzt über sie und beehrt sie mit seiner Keuzher. Jedes Fenster in Wien hat sein Fensterpostler, von denen die meisten von Zeit zu Zeit mit einem Ueberzug aus weichen Linnen durch die stolze Hausfrau versehen werden. Denn — o Verwunderung für den Berliner — es gibt keine Balkone, das Fensterpostler ist Balkonersatz.

Der Balkon hingegen ist das Kleinod des Berliners, das mit Liebe umhüllt, die Städtchen freie Natur, das ihm eine Art Sommer-ihnl bedeutet. Wo man hinkommt, im Norden, im Osten oder im Süden, ja besonders in den Arbeitervierteln, sind diese schwebenden Gärten Ausdruck der Sehnsucht nach der Mutter Erde.

Der Balkon konzentriert die Familie, schließt sie von der Nachbarschaft ab, macht sie gleichgültig gegen die Vorgänge draußen. Das Fensterpostler hingegen fördert die Keuzher, die Mittel- famel, auch die Staatsmacht. Man blickt in offene Fenster mit der Lust an fremden Abenteuer. Die Straße wird Tribüne und Zuschauerraum zugleich. Der von Tomaten oder Blumen umhüllte Balkon ist eine verzauberte Erde, die gegen die Außenwelt abperlt.

Das Fensterpostler drückt aus: ich will sehen und gesehen werden. Ich beschäftige mich mit dir, du sollst dich mit mir beschäftigen. Sind diese Dinge belanglos? Keineswegs. So wenig wie es belanglos ist, ob ein Tier in einem Schneckengehäuse lebt oder frei umherhüpft.

des Menschen sorgen. Nach den Ansichten des englischen Gelehrten McDougall, über dessen Theorie in der „Umgebung“ berichtet wird, ist das Lachen dem Weinen nahe verwandt, und es wird durch dieselbe Eigenschaft des Menschen eigentlich ein dunkles Licht auf seine Natur geworfen. Das Lächerliche besteht in einer gewöhnlich unerwarteten Enttäuschung unserer Willenswünsche. Da nun die Schadenfreude nicht nur nach dem Sprichwort, sondern auch nach der wissenschaftlichen Auffassung die reinste, die eigentliche Freude ist, so lachen wir, wenn einem andern Menschen etwas Unerfreuliches passiert, in dem wir uns angenehmen Gedanken, daß wir gegen ein solches Unglück oder Gebrechen gefeit sind. Es ist nun eine allgemein anerkannte Tatsache, daß Gefühlsausdrücke unserer Willenswünsche uns in ähnliche Gefühlsausdrücke versetzen. Wollten wir aber nun alle Keinen Leiden unserer Umgebung gefühlsmäßig mitemleben, so würde dies eine große Menge unangenehmer Empfindungen bei uns hervorrufen, wir würden uns in einem Zustand häufiger Nieder- gedrücktkeit befinden, und unser Lebensgefühl würde in schädlicher Weise herabgesetzt werden. Gegen diese Schädigung unserer Vitalität hilft uns das Lachen. Es ist eine Art Verteidigung einer gesunden Seele gegen den Ansturm der traurigen Gefühle, denen wir bei ständig ausgelegt sind. Wir unterdrücken die aufsteigenden störenden Gedanken, indem wir lachen und gewinnen aus diesem angenehmen körperlichen Reiz Vorteile. Die Natur hat demnach unserer instinktiven Reizung zum Mitfühlen fremder Trauer einen sekundären Reiz gesetzt, der die unangenehmen Gefühle des Mitleides abwehrt. Keuzher wie Liebe und Haß, wie Furcht und Verlangen entspringen Lachen und Weinen identischen Impulsen. Das Lachen sorgt dafür, daß die durch die Trauer verursachte Störung des seelischen Gleichgewichts wieder aufgehoben wird. So ist Lachen letzten Endes eine uns lichernde angenehme Abwehr gegen das Uebel in uns.

Die südliche Bevölkerung Sowjetrußlands. Nach vorläufigen Daten hat die allrussische Zählung der südlichen Bevölkerung in 2123 Städten des gesamten Sowjetbundesstaates mit Ausnahme der der transkaukasischen Republiken eine Bevölkerungszahl von etwa 24 Millionen (die Garnisonen mit eingeschlossen) erwiesen gegen 21,15 Millionen im August 1929. Moskau, Petersburg und Kiew weisen mit 1 542 000, 1 067 000 und 403 000 eine Zunahme von 58, 14 und 10 Proz. auf, dagegen Odeffa mit 315 000 eine Abnahme von 26 Proz. Die Gouvernementsstädte haben durchschnittlich einen Bevölkerungszuwachs von 1,6 Proz. in den Kreisstädten und kleineren Industriezentren ist er wesentlich höher. Die Städte des Ostens und Südostens weisen als Nachwirkung der Hungersnot eine Abnahme der Bevölkerung um 5 bis 14 Proz. auf. Die Bevölkerungszahl Moskaus hat den Stand von 1910 wieder erreicht; die Zahl der Geburten in den letzten zwei Jahren übersteigt die der Todesfälle indessen nur um 8000 bis 9000. Die Moskauer Garnison und Militär (Belizei) zählt zusammen etwa 52 000 Mann. Dem Bevölkerungszuwachs um 56 Proz. steht eine Zunahme an bewohnbaren Wohnungen von nur 2,7 Proz. gegenüber.

Allgemeine Schulpflicht in Polen. In Kongress-Polen wurde der allgemeine obligatorische Unterricht eingeführt.

Eine Berichtigung, die keine ist.

Zuf die Vorwürfe, die wir in unserer Sonntagsausgabe gegen die Berichterstattung des Wolff-Bureaus erhoben, erhalten wir von dem letzteren eine Berichtigung, in der erklärt wird, an unseren Behauptungen sei nichts richtig, als daß das Wolff-Bureau die Gemeindewahlen in Schaumburg-Lippe nicht als ein Ereignis angesehen habe, für das wir im Auslande Interesse voraussetzen dürfen. Aus der Rede des Ministers Severing vom 23. März seien beispielsweise nicht weniger als 700 Worte direkt an die Schweizerische Depeschagentur in Bern telephoniert worden.

Was die letzte Behauptung betrifft, so haben wir uns sofort mit dem Züricher „Volksrecht“, von dem wir die entsprechende Mitteilung bekommen hatten, in Verbindung gesetzt. Aber selbst wenn sich unser Züricher Bruderblatt in diesem Punkte geirrt haben sollte, so ist es eine starke Übertreibung, wenn das Wolff-Bureau erklärt, daß an unseren Anlagen gegen seine Berichterstattung, deren verhängnisvolle Wirkung auf das Auslande in dem von uns wiedergegebenen Schreiben des Züricher „Volksrecht“ ausführlich geschildert wird, nichts richtig sei. Im übrigen muß das Wolff-Bureau selbst die Richtigkeit unserer Behauptung zugeben, daß es die politisch doch sehr bemerkenswerten sozialdemokratischen Wahlerfolge in Schaumburg-Lippe verschwiegen hat, wobei noch vermerkt zu werden verdient, daß diese Meldungen nicht nur dem Auslande, sondern auch dem Inlande vorenthalten wurden. Glaubte das Wolff-Bureau etwa, daß dies kein Ereignis sei, für das es auch in Deutschland „Interesse voraussetzen“ dürfe?

Der Terror in Rußland. Wie aus Riga gemeldet wird, haben die Bolschewisten den Großrabbiner von Homel wegen der gleichen Beschuldigung wie die katholischen Geistlichen verhaftet. — Diese Verhaftung, der ein großangelegter Prozeß folgen wird, soll wohl als ein Akt „ausgleichender Gerechtigkeit“ für die regierenden Terroristen dienen.

	20. April		19. April	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Geld-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Geld-) Kurs
1 holländischer Gulden . . .	9975.—	10025.—	14770.80	14829.15
1 argentinische Papier-Peso . . .	9251.81	9298.19	10047.56	1162.44
1 belgischer Franc	1463.83	1471.17	1695.75	1704.25
1 norwegische Krone	4588.50	4611.50	5408.45	5483.55
1 dänische Krone	4802.96	4827.04	5635.57	5684.18
1 schwedische Krone	6807.93	6842.07	7730.62	7760.38
1 finnische Mark	—	—	837.90	842.10
1 japanischer Yen	—	—	14403.75	14536.25
1 italienische Lire	1254.85	1281.15	1471.31	1478.69
1 Pfund Sterling	118702.50	119207.50	139650.—	140350.—
1 Dollar	25486.50	25613.88	29426.25	29573.75
1 französischer Franc	—	—	1070.00	1079.94
1 brasilianischer Milreis	—	—	8291.75	8308.25
1 Schweizer Franc	—	—	5361.56	5388.44
1 spanische Peseta	—	—	4588.50	4611.50
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	41.89	42.11
1 tschechische Krone	—	—	807.75	902.25
1 ungarische Krone	—	—	6.28	6.27
1 bulgarische Lewa	—	—	226.43	226.57
1 jugoslawischer Dinar	—	—	296.75	298.27

Waldplünderungen.

Das Holzsammeln in den um Berlin gelegenen Wäldern kann sich in diesem Jahre leicht zu einer schweren Schädigung entwickeln. Schon jetzt werden durch Scharen von Holzsammlern rücksichtslos jüngere Bäume gefällt und große Äste abgedreht. Das Einsammeln von Bruchholz mit Erbsenstacheln ist ein mahlweises Geschäft. Man braucht viele Stunden, um einige Säcke zu füllen. Mit dieser ehrlichen Arbeit begnügen sich viele Holzsammler nicht mehr. Sie fügen ohne Verständnis für Forstpflege ganze Bäume um oder verschleppen das an den Bestellwegen aufgestapelte Raummehlholz, um es in irgendeiner dichten Schöpfung zu zerlegen und in Säcke zu packen. Das geschieht häufig erst in den späten Abendstunden oder gar über Nacht, wenn man vor Forstbeamten sicher zu sein glaubt. Zu einer durchgreifenden Kontrolle auf den Bahnhöfen reicht die Beamtenschaft gar nicht aus. Viele Holzdiebe meiden natürlich die Bahnhöfe und benutzen Wege, auf denen sie so ziemlich sicher sind, einem Forstbeamten, Landjäger oder „Grünen“ nicht in die Finger zu fallen. An zahlreichen Stellen, beispielsweise bei Adlershof, haben die Holzdiebe förmlich epidemisch gewirkt. Hier steht stellenweise der Wald trostlos aus, ist auf Jahre zerstört. Auch das weiteste Verständnis für die Sorge um den kommenden Winter kann diese so frühzeitig einsetzenden Waldplünderungen in keiner Weise rechtfertigen. Es ist zu wünschen, daß diesem Treiben, ehe es durch Nachahmung noch mehr um sich greift, ein fester Riegel vorgeschoben wird.

Die Mietervorschüsse gescheitert.

Dem Gau Berlin des Bundes Deutscher Mietervereine wird uns geschrieben: Die Weigerung vieler Mieter, die vom Magistrat in seiner Bekanntmachung vom 30. Dezember 1922 vorgeschriebenen Mietervorschüsse zu zahlen, beruht darauf, daß eine Anzahl von Mietsgerichten (z. B. Berlin-Mitte, Pantom, Reutlin) diesen Teil der Magistratsbekanntmachung für rechtsunwirksam erklärt haben, und zwar mit der Begründung, daß eine solche Regelung weder im Reichsmietengesetz noch in der preussischen Ausführungsverordnung eine gesetzliche Stütze finde. Diese Rechtsauffassung wird auch dadurch nicht geändert, daß der preussische Wohnfahrtsminister in einer Rundverfügung sein Einverständnis mit der Vorstufungserklärung erklärt hat. Sehr treffend sagt das Amtsgericht Abteilung 8 Reutlin in einer Entscheidung vom 2. März 1923 (S. C. 181/23): Die preussische Ausführungsverordnung bestimmt in § 3 Abs. 1 Ziffer 2 und § 4 unter Abs. 1 Satz 2: „Der Vermieter kann die Zahlung der betreffenden Betriebskosten oder der Nebenleistungen erst verlangen, nachdem er die diesbezüglichen Belege den Mietern oder der Mietervertretung vorgelegt und gemeinschaftlich mit den Mietern oder, bei Vorhandensein mit der Mietervertretung die Gesamtsumme der unzulässigen Betriebskosten in einem Hunderstel der Gesamtgrundmieten umgerechnet hat. Von einer Ermächtigung des Magistrats, einen Betriebskostenvorschuss in Höhe der 15fachen bzw. 20fachen Grundmieten festzusetzen, ist nirgends die Rede. Es soll zwar nicht verkantet werden, daß eine derartige Vorschussleistung der Mieter zurzeit der Erlassung der preussischen Ausführungsverordnungen nicht erforderlich erscheinen konnte, sondern erst durch die katastrophale Geldentwertung in der Folgezeit dringlich geworden ist. Rechtswirksam konnte sie vom Magistrat nur festgesetzt werden, wenn ihm zuvor durch entsprechende Abänderung der preussischen Ausführungsverordnung die Ermächtigung dazu erteilt worden ist. Aus eigener Machtvollkommenheit kann der Magistrat kein Recht schaffen. Fehlt es an der erforderlichen Ermächtigung, so ist eine Verordnung des Magistrats insoweit rechtsunwirksam.“

Ende des Mieterstreits.

Der von mehreren Versammlungen des Mieterverbandes Deutschlands in Berlin ausgerichtete Mietstreik, der schon am 1. März namentlich in den nördlichen und östlichen Stadtteilen ziemlich lebhaft

ausbrach, ist jetzt abgeklungen worden, nachdem man eingesehen hat, daß die Sache auf diese Weise im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gelungen kann. Die dem viel größeren Deutschen Mieterbund (Nichtung Dresden) angehörenden Berliner Mietervereine verhielten sich, ohne grundsätzlich etwa die Streikides zu verwerten, gegen den Streik in der Jetztzeit und ohne sehr sorgfältige Vorbereitung absehend, verlegten vielmehr ihre Schwerkraft zunächst darauf, ihren Spitzenverband zu energischen Verhandlungen mit den Behörden anzutreiben.

Der Brillantendieb in der „Russenschaukel“.

Beinahe eine Filmaufnahme.

Ein außergewöhnlich dreister Taschendiebstahl bildete den Gegenstand einer Verhandlung vor dem Schöffengericht Charlottenburg, vor dem sich gestern die Tänzerin Wizzi Krobizka aus Wien wegen Rückfallsdiebstahl zu verantworten hatte.

Der Ingenieur Smoboda fuhr eines Tages auf dem Autobus E (Unter den Linden—Hafen), dem Paradies der Taschendiebe, wie ihn der Vorstehende nannte. Im Volksmunde ist dieser Autobus wegen seines „östlichen“ Publikums die „Russenschaukel“ genannt. Wizzi fühlte er, wie ihm langsam der Pelz aufgedröpft wurde. Sein Verdacht lenkte sich auf ein neben ihm stehendes junges, elegant gekleidetes Pärchen. Um die beiden in Flagranti zu ertappen, hielt er still und wartete ab. Als eine Haltestelle später die Angeklagte aussteigen wollte, sah der Ingenieur nach keiner Brillantnadel, von deren Vorhandensein er sich noch kurz vorher überzeugt hatte, und bemerkte, daß die Nadel verschwunden war. Schnell entschlossen sprang er auf das Trittbrett und sperrte damit den Wagen ab und jagte der Angeklagten und ihrem Begleiter den Diebstahl auf den Kopf zu. Wizzi geriet in heftige Empörung, schlug mit den Fäusten auf den Bestohlenen ein und verjuchte mit Gewalt abzusteigen. Ihr Kavalier wollte nun die Situation retten und erklärte: „Vielleicht hat der Herr die Nadel verloren. Vielleicht liegt sie hier auf der Plattform. Damit bückte er sich auch schon und — fand die Nadel wirklich. Diese unerwartet schnelle Lösung bestärkte den Ingenieur nur noch mehr in seinem Verdacht. Der „eheliche Fänger“ mußte unter der Beschuldigung, der Dieb gewesen zu sein, auf das Verdeck des Autobusses steigen, um nach Beendigung der Fahrt polizeilich festgesetzt zu werden. Als jedoch der Wagen sich in voller Fahrt befand, schwang sich der Verdächtige über das Geländer des Verdecks und entkam ungehindert, trotzdem der Ingenieur und andere Passagiere den Straßenpassanten zuriefen, den Dieb zu halten. Das Publikum hatte offenbar angenommen, es handele sich hier um eine Filmaufnahme und blieb bei der sich nun entwickelnden Hejrag hinter dem Führenden ganz untätig. Schaulustig loger der auftretenden Straßenszene unter großer Heiterkeit zu. Wizzi dagegen mußte nun allein den Weg zur Polizei antreten, wo in ihr eine schon zweimal vorbestrafte Diebin festgesetzt wurde, die erst vor drei Tagen aus dem Gefängnis entlassen worden war. Vor Gericht bestritt sie gestern den Diebstahl und behauptete, ihren geklügelten Begleiter nur „ganz flüchtig“ zu kennen. Der Amtsanwalt beantragte gegen sie ein Jahr drei Monate Zuchthaus. Rechtsanwalt Dr. Brand hielt dagegen einen sicheren Nachweis, daß die Angeklagte an der Ausführung des Diebstahls beteiligt gewesen war, nicht für erbracht. Das Gericht hielt zwar einen Verdacht gegen die Krobizka für vorliegend, erkannte aber mangels hinreichender Beweise auf Freisprechung.

Fortsetzung des Mädchenhandelsprozesses.

Die Verhandlung gegen den holländischen Kaufmann Wilhelm Zwaaen wegen Mädchenhandels, begangen an seiner eigenen Ehefrau, wurde heute früh vor der Strafkammer des Landgerichts I wieder aufgenommen. Es sind noch eine große Anzahl Zeugen zu vernahmen, so daß die Verhandlung voraussichtlich heute noch nicht zu Ende geführt werden dürfte. Bei Beginn der Verhandlung erhob der Reichsbevollmächtigte als Nebenklägerin dem Verfahren beigetretenen Ehefrau Zwaaens Beschwerde darüber, daß in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ Frau Zwaaen so dargestellt sei, als ob sie sitzlich verwahrt wäre. Der Angeklagte Zwaaen gibt dann eine längere Erklärung ab, daß er für seine Frau sinnlos und aufopfernde Liebe empfunden habe und alles andere beabsichtigte, als sie auf den Strich zu schicken. In der Verhandlung am letzten Montag habe er den Eindruck gehabt, daß das Gericht sich durch die weibliche Anmut seiner Frau, auf die diese spekuliere, beeinflussen lasse. Vorf. Landgerichtsdirektor Bangels: Wir sind alte Richter, die sich durch weibliche Schönheit nicht beeinflussen lassen. Frau Marie Zwaaen wird dann nochmals aufgerufen und muß verschiedene Anfragen beantworten, die sich darauf beziehen, daß sie intime Beziehungen zu allen Herren und auch zu einem Schuhmachermeister I. gehabt haben soll, was die Zeugin entschieden bestritt.

Keine Verlängerung der Frist für Steuererklärungen.

Das Reichsfinanzministerium macht erneut darauf aufmerksam, daß die Frist für die Abgabe der Einkommen- und Vermögenssteuererklärung mit dem 30. April abläuft und daß mit einer Verlängerung nicht zu rechnen ist. Trophem tauchen immer wieder Gerüchte auf, daß eine Verlängerung erfolgen werde. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß davon nicht die Rede sein kann. Es würde bei der finanziellen Lage des Reiches und aus Gründen steuerlicher Gerechtigkeit untragbar sein, die Frist weiter hinauszuschieben. Die Formulare für die Steuererklärung sind inzwischen den Steuerpflichtigen zugewandt. Es wird von jedem verlangt werden müssen, daß er nunmehr mit der Abgabe der Erklärung keinen Tag mehr zögert und insbesondere auch die nach den gesetzlichen Vorschriften unmittelbar fälligen Steuerbeträge unverzüglich zahl. Säumige werden auf Nachsicht nicht rechnen können.

Ein Monatschwindler.

Ein reisender Schwindler, der von der Kriminalpolizei eifrig gesucht wird, tritt ausgerechnet jeden Monat einmal auf. Vor fünf Monaten begann er. Er benutzt jedesmal einen der D-Züge, die von Holland her oder sonst aus dem Westen nach Berlin kommen. Sein Trick besteht darin, sich unterwegs mit Ausländern, die die deutsche Sprache wenig oder gar nicht beherrschten, bekannt zu machen und ihnen die Gepäckscheine abzunehmen, angeblich, um ihnen das Gepäck zu besorgen, in Wirklichkeit aber, um ihr Gepäck mit seinem eigenen wertlosen zu vertauschen. Auf diese Weise gelang es ihm, in dem ersten Monat einer Schwedin Gepäc im Werte von 1 Million Mark abzunehmen, im zweiten Monat mußte ein holländischer Großkaufmann dran glauben, der Gepäc im Werte von 1 Million Mark einbüßte. Im dritten Monat fielen dem Gauner zwei italienische Artistinnen nebst ihrem Gepäc im Werte von 45 Millionen Mark in die Hände. Der nächste war ein Russe. Gestern endlich wurden vier japanische Marineoffiziere, die aus Paris kamen, auf dieselbe Weise ihrer Koffer beraubt, die mit den darin enthaltenen medizinischen Instrumentarien einen Wert von 20 Millionen Mark darstellten. Der gewandte Schwindler ist etwa 30 Jahre alt, etwa 1,65 Meter groß, also ein kleiner Mann. An einer Hand ist der kleine Finger verkrüppelt. Der sehr bemessliche Mann geht stets sportmäßig gekleidet und trägt eine Marinemütze. Auf seine Ergreifung ist eine Belohnung von 50 000 Mark ausgesetzt. Angaben zu seiner Ermittlung nimmt Kriminalkommissar Wächter im Zimmer 392 A. des Polizeipräsidiums entgegen.

Moskauer Besuch im Noter Haus.

Gestern mittag empfing Oberbürgermeister Boch die hier anmelenden Vertreter der Moskauer Stadtpolizei, Herren Pawlow, Dorosjew, Pawlow und Herbst, welche beschuldigen, die städtischen Einrichtungen und Unternehmungen Berlins und anderer deutscher Städte kennen zu lernen. In einer

fünfstündigen Unterhaltung beantwortete der Oberbürgermeister die bezüglichen Fragen der russischen Gäste und ordnete an, ihnen die verschiedenen Zweige der städtischen Wirtschaft zu zeigen. Die Russen dankten dem Oberbürgermeister für sein freundliches Entgegenkommen und luden ihn zum Besuch in Moskau ein.

Der Oberpräsident zur Affäre Wolpe.

Der Oberpräsident hat nach eingehender Prüfung des gesamten Aktenmaterials die Beschwerde des Direktors Wolpe in seiner Wohnungsangelegenheit zurückgewiesen. Der Oberpräsident hat den Standpunkt des Wohnungsamtes Wilmersdorf geteilt, daß eine Wohnungszuteilung vorliegt, da eine Tauschwohnung nicht vorhanden war. Die gegen die Geschäftsführung des Bezirksamtes Berlin-Wilmersdorf geführten Beschwerden sind ungescheitert.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Der Kampf um die weltliche Schule veranlaßte unsere Genossen in Adlershof in einer öffentlichen Versammlung zu diesem Thema Stellung zu nehmen. Das Referat in der gut besuchten Versammlung hatte Genosse Holz, M. d. L., übernommen. Unsere Genossen lenkten die Aufmerksamkeit besonders auf Vorkommnisse am Ort, die einen Sturm der Entrüstung hervorriefen. Die weltliche Schule in Adlershof, die durch ihren bewährten Leiter, Genossen Schmalz, und das Lehrerkollegium es verstanden hat, sich eine stets wachsende Zuhörerschaft nicht nur in Adlershof zu schaffen, hat natürlich auch mit Gegnern zu rechnen. Kann man an die Schule selbst nicht heran, so muß der Leiter der Schule durch gerichtliche Prozesse mühe gemacht werden. Es ist an der Zeit, daß sich die vorgesetzte Behörde der Angelegenheit endlich annimmt und sich insbesondere mit dem Verhalten des Lehrers Großmann beschäftigt. Die Parteilosigkeit in Adlershof hat aus dem früheren Wirkungsbereich des G. in Berminghoff feststellen können, daß er ein Sozialdemokrat gewesen ist, sich hier nur als der verfolgte Sozialist aufgestellt hat, um Stellung zu erhalten. Die Versammlung forderte Entlassung des G. als Lehrer und Unterbreitung des gesamten Materials der vorgesetzten Behörde.

Drei Lebensstundgebungen bereitet der Aktionsausschuß „Nie wieder Krieg“ für den Vormittag des Sonntags, den 22. April, vor. Die Veranstaltungen finden in der Brauerei Friedrichshagen, in Klems Festsaal und in der Aula des Chamissohauses statt. Es referieren u. a.: Reg.-Rat Müller-Brandenburg, Emil Rabold, Heinrich Ströbel, Hermann Schühinger, H. v. Gerlach und Professor Ludwig Quide. Die Versammlungen wollen das Verlangen nach sofortiger friedlicher Beendigung des Ruhestreits, den Protest gegen die Durchführung der nationalsozialistischen Umtriebe und den Einspruch gegen die vormärzliche reaktionäre Berliner Platzszenen zum Ausdruck bringen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst wärmer bei mäßigen lässlichen Winden und langsam zunehmender Bewölkung, nachher etwas Regen und Gewitterneigung.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeitervereine Groß-Berlin. Da eine Reihe von Streikereignissen dem Zentralbureau immer noch keine Mitteilung gemacht hat, ob die in der Streikereignisse näheren Sozialistische Kritik erfolgt wurden, bitten wir dringend alle Gruppenmitglieder, die noch nicht im Besitze einer Sozialistenkarte sind, dies bis spätestens Mittwoch, den 25. April, dem Zentralbureau (Zindlerstr. 1, 2. Hof 2 Treppen) mit nähere Angaben mitzuteilen.

Gewerkschaftsbewegung

Produktive Erwerbslosenfürsorge!

Als Folge der Entwertung der Arbeitseinkommen und der Ubertuerung ist ein außerordentlich hoher Rückgang des Absatzes eingetreten, der wieder eine ständig zunehmende Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. Gegenwärtig dürfte es in Deutschland 3—4 Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter geben. Gegen diesen katastrophalen Zustand unserer Wirtschaft müssen durchgreifende Mittel angewandt werden, wenn sich die Lage nicht noch verschlimmern soll. Anpassung der Löhne an die Teuerung, Herabdrückung der Spindelpreise, eine entschiedene Politik zur Stützung der Mark, eine Sanierung unserer Finanzwirtschaft gehören dazu. Man kann aber auch nicht das ungeheure Heer der Arbeitslosen und Kurzarbeiter mit der unzureichenden Erwerbslosenunterstützung abspülen. Hier muß eine großzügige Politik einsetzen.

Die Anpassung der Unterstützungsätze an die Teuerung ist ein Mittel, aber ein unzureichendes. Wesentlicher und wirksamer ist die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. Reich, Länder und Gemeinden müssen in großzügiger Weise die produktive Erwerbslosenunterstützung organisieren. Der Beschluß der Berliner Stadtverordnetenversammlung, den Bau der Nord-Süd-Bahn fortzuführen, weist den richtigen Weg. Auch eine ausreichende Erwerbslosenunterstützung wirkt demoralisierend und ist zugleich eine Vergewandung der öffentlichen Mittel. Jede Erwerbslosenunterstützung, die nicht wieder Werte schafft, läßt darauf hinaus, aus dem Ertrag der Wirtschaft nicht nur die Arbeitenden, sondern auch die Arbeitslosen zu ernähren. Eine derartige Politik muß schließlich zur Verschärfung der Wirtschaftskrise führen.

An Arbeitsgelegenheit in volkswirtschaftlichem Sinne fehlt es uns wahrlich nicht. Der Wohnungsbau, die Unterhaltung der öffentlichen Wege, der Bau von Kanälen usw. sind dringende Bedürfnisse unserer Wirtschaft. Daneben gibt es noch eine ganze Reihe anderer dringender öffentlicher Arbeiten, die seit 1914 arg vernachlässigt worden sind. Diese müssen sofort in Angriff genommen werden. Wenn z. B. die nötigen Mittel für den Wohnungsbau bereitgestellt werden, so gibt das nicht nur den am Bau beschäftigten Arbeitern die dringend notwendige Arbeitsgelegenheit, sondern auch eine ganze Reihe anderer Industrien werden dadurch in Gang gehalten. Die Kaufkraft von Hunderttausenden würde gestützt und die Wirtschaftskrise entsprechend gemildert werden. Die öffentlichen Mittel, die schließlich von den Steuerzahlern aufgebracht werden müssen, würden dadurch zweckmäßig Verwendung finden und die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung würden entsprechend gemindert werden.

Läßt man aber die Dinge so weiter laufen, dann kommen wir in ganz unheilbare Zustände. Die Kommunisten, denen es nicht darauf ankommt, den Arbeitlosen wirklich zu helfen, sondern diese nur als Sturmböck für ihre politischen Zwecke benutzen, gehen jetzt wieder daran, durch Ausstellung von sogenannten Erwerbslosenräten und durch Veranlassung von Krawallen im trüben zu fischen. Wie weit bei den im Ruhrgebiet vorgekommenen Zwischenfällen französische Rodspiegel die Hand im Spiel haben, läßt sich nicht ohne weiteres übersehen. Der offene Verrat von zwei Angehörigen des Bergarbeiterverbandes im Saargebiet und die Verbreitung von Flugblättern, die von diesen zwei Verrätern unterzeichnet sind, durch französische Militärflugzeuge zeigen deutlich genug, daß die französischen Machthaber vor nichts zurückschrecken, um die Arbeiter unter ihr Joch zu zwingen. Alle diese Veruche, so teuer sie den Franzosen auch bisher zu stehen gekommen sein mögen, sind bisher wir

